FlensMUN 2025

Committee Guide:

Economic and Social Council

4th FlensMUN Conference

Flensburg, 10th- 13th of July 2025

Vorworte vom Vorsitz

Liebe Delegierte,

Willkommen im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) bei FlensMUN 2024!

Wir sind Victoria und Tim – eure Chairs für diese spannende Reise.

Egal, ob ihr bereits erfahrene MUN-Teilnehmende seid oder euer erstes Mal dabei seid: Wir freuen uns sehr, euch im Gremium begrüßen zu dürfen! Model United Nations lebt vom Austausch und der Zusammenarbeit – also scheut euch nicht, euch in Diskussionen einzubringen, Fragen zu stellen und eure Ideen zu teilen.

Im ECOSOC werden wir unterschiedliche Perspektiven erkunden und gemeinsam nach innovativen Lösungen für globale Herausforderungen suchen. Denkt daran: Es gibt kein „richtig“ oder „falsch“ im Umgang mit diesen Themen – jede Sichtweise zählt.

Während ihr euer Land vertretet, ist Authentizität entscheidend. Bleibt diplomatisch im Umgang miteinander und begegnet euren Mitdelegierten sowie ihren Standpunkten mit Respekt.

Vor allem aber lasst uns FlensMUN 2024 zu einer unvergesslichen Erfahrung machen – voller Lernen, Freundschaft und Spaß.

Wir sind gespannt darauf, was wir gemeinsam erreichen werden!

Wir freuen uns sehr darauf, euch bald kennenzulernen.

Victoria und Tim

Inhaltsverzeichnis

Vorworte vom Vorsitz II

Einführung in den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) 1

Schutz gefährdeter Gemeinschaften vor den Auswirkungen des Klimawandels 2

1.1 Einleitung 2

1.2 Hintergrund 2

1.3 Hauptbeteiligte 3

1.4 Bloc-Positionen 4

1.5 Bestehende Internationale Abkommen 4

1.6 Lösungsmaßnahmen 5

1.7 Leitfragen und Punkte zur Diskussion 6

1.8 Weitere Recherche 7

1.9 Glossar 7

1.10 Literaturverzeichnis 8

Globalen Wandel durch Umweltbildung und Umweltbewusstsein gestalten 10

2.1. Einleitung 10

2.2. Hintergrund 10

2.3. Aktuelle Situation 13

2.4. Herausforderungen und Lösungsansätze 14

2.5. Leitfragen und Punkte zur Diskussion 16

2.6. Glossar 16

2.7. Weiterführende Literatur 17

2.8. Literaturverzeichnis 17

Einführung in den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) stellt eine zentrale Säule innerhalb des Systems der Vereinten Nationen dar und wurde 1945 durch die UN-Charta gegründet. Er besteht aus 54 Mitgliedstaaten und dient als zentrale Plattform zur Behandlung globaler wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Herausforderungen. Darüber hinaus fördert er die internationale Zusammenarbeit und unterstützt weltweit eine nachhaltige Entwicklung.

Mit Sitz in New York City bringt ECOSOC Vertreter:innen von Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zusammen, um über vielfältige Themen zu beraten – von der Beseitigung von Armut und Geschlechtergerechtigkeit bis hin zu ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung. Sein Mandat umfasst ein breites Spektrum an Themenbereichen, darunter wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie die Förderung eines inklusiven Wachstums und der Resilienz gegenüber komplexen globalen Herausforderungen.

Als dynamisches Forum für Dialog und politische Entscheidungsfindung initiiert ECOSOC Programme, erleichtert Partnerschaften und koordiniert Bemühungen, um die globale Entwicklungsagenda voranzutreiben und die von der internationalen Gemeinschaft festgelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen.

Die diesjährigen Themen des ECOSOC bei FlensMUN 2025 lauten:

1. Schutz gefährdeter Gemeinschaften vor den Auswirkungen des Klimawandels
2. Globalen Wandel gestalten durch Umweltbildung und Umweltbewusstsein

Schutz gefährdeter Gemeinschaften vor den Auswirkungen des Klimawandels

1.1 Einleitung

Der Klimawandel ist eine der drängendsten globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Er betrifft Gemeinschaften weltweit, doch die verheerendsten Auswirkungen tragen überproportional gefährdete Gemeinschaften. Diese Bevölkerungsgruppen haben oft nicht die finanziellen, technischen und institutionellen Kapazitäten, um sich an die Folgen des Anstiegs des Meeresspiegels, extremer Wetterereignisse, lang anhaltender Dürren und anderer klimabedingter Phänomene anzupassen und diese zu mindern. Zu den gefährdeten Gruppen gehören ländliche und einkommensschwache Gemeinschaften, indigene Völker, Frauen, Kinder und Vertriebene.

Die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen bestehende Ungleichheiten und bedrohen die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), insbesondere SDG 13 (Klimaschutz), SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) und SDG 2 (Kein Hunger). Die Bewältigung dieser Auswirkungen erfordert umfassende globale Zusammenarbeit und nachhaltige Lösungen, da das Thema multidimensional ist und Bereiche wie Gesundheit, Wirtschaft, Ernährungssicherheit und Menschenrechte umfasst.

Initiativen wie das Pariser Abkommen (2015), der Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge (2015-2030) und verschiedene UN-Initiativen haben den Grundstein für die Bewältigung dieser Herausforderung gelegt. Es bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Lücken bei der Umsetzung, insbesondere bei der Sicherstellung, dass gefährdete Gemeinschaften ausreichende Ressourcen und Unterstützung erhalten.

1.2 Hintergrund

Die Auswirkungen des Klimawandels auf gefährdete Gemeinschaften sind vielfältig und tiefgreifend. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit sind diese Gemeinschaften durch steigende Temperaturen, schlechte Luftqualität und die Zunahme krankheitsübertragender Vektoren wie Mücken besonders stark gefährdet. Krankheiten wie Malaria, Dengue oder Cholera breiten sich durch veränderte klimatische Bedingungen schneller aus und treffen insbesondere Kinder, ältere Menschen und Menschen mit geschwächtem Immunsystem überproportional.

Auch wirtschaftlich sind die Folgen gravierend: Klimabedingte Katastrophen beeinträchtigen lokale Wirtschaftskreisläufe, vor allem in Bereichen wie Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus. Millionen Menschen, insbesondere Frauen, die in vielen Regionen einen Großteil der landwirtschaftlichen Arbeit leisten, verlieren ihre Einkommensquellen und geraten in Armut. Die Ernährungssicherheit ist gefährdet, da unregelmäßige Niederschläge, Dürreperioden und Extremwetterereignisse die landwirtschaftliche Produktion verringern und den Zugang zu sauberem Trinkwasser einschränken. Hier sind es häufig einkommensschwache Haushalte, denen die Mittel fehlen, um entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Ein besonders dramatischer Aspekt des Klimawandels ist die Zunahme klimabedingter Migration. Millionen Menschen werden jährlich durch Umweltveränderungen wie den Anstieg des Meeresspiegels oder Desertifikation gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Diese Umweltflüchtlinge, unter ihnen viele Frauen und Kinder, stehen vor großen rechtlichen und sozialen Herausforderungen, da es bislang keinen verbindlichen internationalen Schutzstatus für sie gibt.

1.3 Hauptbeteiligte

Zu den wichtigsten Akteuren in diesem Themenfeld zählen zunächst die kleinen Inselstaaten (SIDS), etwa die Malediven, Tuvalu oder Kiribati. Sie sind besonders stark vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen und fordern daher verstärkte internationale Unterstützung, insbesondere durch Verlust- und Schadensmechanismen. Auch wenig entwickelte Länder (LEDCs) wie Tschad, Haiti oder Nepal sind stark gefährdet. Sie stehen vor der doppelten Herausforderung begrenzter Ressourcen und hoher Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels.

Entwickelte Länder wie die USA, Deutschland oder Japan tragen aufgrund ihrer historischen Emissionen eine besondere Verantwortung. Von ihnen wird erwartet, dass sie finanzielle und technische Unterstützung leisten. Die Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel (UNFCCC) bietet eine Plattform für Verhandlungen und Koordination auf globaler Ebene, etwa durch den Warschauer Mechanismus für Verlust und Schaden.

Auch zivilgesellschaftliche Akteure wie NGOs (z. B. Oxfam, Greenpeace, das Internationale Rote Kreuz) leisten wichtige Arbeit in betroffenen Regionen und setzen sich politisch für Klimagerechtigkeit ein. Der Privatsektor schließlich kann durch nachhaltige Investitionen, Forschung und technologische Innovationen einen wichtigen Beitrag leisten.

1.4 Bloc-Positionen

Westlicher Block

Allgemein unterstützend bei der Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe, mit Schwerpunkt auf Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Mittelverteilung. Länder wie die USA und Deutschland investieren auch in erneuerbare Energietechnologien.

Afrikanischer Block

Setzt sich für erhöhte Klimafinanzierung, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau ein, um Herausforderungen wie Desertifikation, Ernährungsunsicherheit und Wasserknappheit zu bewältigen.

Asien-Pazifik-Block

Umfasst sowohl stark gefährdete Nationen (z.B. Bangladesch, Malediven) als auch große Emittenten (z.B. China, Indien), was zu unterschiedlichen Positionen innerhalb des Blocks führt.

Lateinamerika- und Karibik-Block

Unterstützt regionale Kooperation und Klimagerechtigkeit Initiativen und betont die Notwendigkeit von Katastrophenvorsorge und nachhaltiger Entwicklung.

Nahost-Block

Fokussiert sich auf Wasserknappheit, Desertifikation und die Rolle technologischer Innovationen bei der Bewältigung der Klimafolgen.

1.5 Bestehende Internationale Abkommen

Mehrere internationale Abkommen und Rahmenwerke bilden das Fundament der globalen Klimapolitik und bieten wichtige Ansätze zur Unterstützung gefährdeter Gemeinschaften. Das Pariser Abkommen von 2015 gilt als Meilenstein der internationalen Klimaschutzmaßnahmen. Es verfolgt das Ziel, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dabei legt es einen besonderen Fokus auf die finanzielle und technische Unterstützung für Entwicklungsländer. Es wurden konkrete Maßnahmen angestoßen, wie die Einrichtung des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund), der gezielt Projekte in Entwicklungsländern fördert. Darüber

hinaus verpflichtet das Abkommen alle Vertragsstaaten zur Entwicklung nationaler Klimaschutzpläne, sogenannter Nationally Determined Contributions (NDCs), die regelmäßig aktualisiert und ambitionierter gestaltet werden sollen.

Der Grüne Klimafonds wurde mit dem Ziel gegründet, einen gerechten Zugang zu Ressourcen für alle Länder zu ermöglichen. Er unterstützt Maßnahmen sowohl zur Minderung von Treibhausgasemissionen als auch zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels – insbesondere in besonders betroffenen Staaten. Damit stellt er eine zentrale Säule internationaler Klimafinanzierung dar.

Ein weiteres bedeutendes Rahmenwerk ist der Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge (2015–2030), der darauf abzielt, Katastrophenrisiken zu verringern und die Resilienz von Gemeinschaften zu stärken. Durch Strategien zur Katastrophenvorsorge und Risikominderung sollen insbesondere vulnerable Gruppen besser geschützt werden.

Ergänzt werden diese Abkommen durch die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), die einen umfassenden globalen Handlungsrahmen bieten. Besonders SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz), SDG 1 (Keine Armut), SDG 2 (Kein Hunger) und SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) sind eng mit dem Thema verknüpft. Diese Ziele betonen die Notwendigkeit nachhaltiger, gerechter und inklusiver Entwicklungsansätze zur Bewältigung der Klimakrise.

1.6 Lösungsmaßnahmen

Um gefährdete Bevölkerungsgruppen wirksam zu schützen, müssen verschiedene Lösungsansätze aufeinander abgestimmt umgesetzt werden. Ein zentraler Ansatz ist der Aufbau von Resilienz in betroffenen Regionen. Dies kann durch Investitionen in klimaresistente Infrastruktur wie Deiche, Frühwarnsysteme oder dürreresistente Saatgüter erfolgen. Besonders in Regionen mit hoher Kinderarmut oder einem hohen Anteil an von Frauen geführten Haushalten sind maßgeschneiderte Maßnahmen notwendig. Bildungsinitiativen und Programme zur Katastrophenvorsorge auf Gemeindeebene spielen eine entscheidende Rolle, um lokale Gemeinschaften zur Selbsthilfe zu befähigen und bestehendes Wissen sinnvoll einzubinden.

Auch eine Erhöhung der internationalen Klimafinanzierung ist notwendig. Entwickelte Länder sollten nicht nur ihre bestehenden Finanzierungszusagen einhalten, sondern auch sicherstellen, dass Mittel gezielt an die verletzlichsten Gruppen gelangen. Dazu zählen auch einkommensschwache städtische Gemeinschaften oder indigene Bevölkerungen. Es braucht einfachere Antragsverfahren, transparente

Förderkriterien und gezielte Unterstützung für Projekte von Frauen, Jugendlichen oder marginalisierten Gruppen.

Auf rechtlicher und politischer Ebene bedarf es verbindlicher Regelungen zum Schutz von Umweltflüchtlingen. Bisher fehlt ein internationaler Rechtsrahmen, der die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppe berücksichtigt – insbesondere in Bezug auf Kinderrechte, Gendergerechtigkeit und Zugang zu Grundversorgungsleistungen. Darüber hinaus sind Klimagerechtigkeitsprinzipien anzuwenden: Länder mit einem hohen historischen CO2-Ausstoß sollen Verantwortung übernehmen – z. B. durch Technologietransfer, Ausgleichszahlungen oder gezielte Partnerschaften. Gleichzeitig müssen globale Emissionsziele verschärft und wirksam durchgesetzt werden.

Nicht zuletzt erfordert die Bewältigung des Klimawandels eine verstärkte globale Zusammenarbeit. Der Austausch von Wissen, Technologie und bewährten Praktiken kann helfen, lokal angepasste Lösungen zu entwickeln. Dabei sollten nicht nur staatliche Akteure, sondern auch lokale Gemeinschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere betroffene Gruppen wie Frauen und Jugendliche systematisch eingebunden werden.

1.7 Leitfragen und Punkte zur Diskussion

- Wie kann die internationale Gemeinschaft sicherstellen, dass Klimafinanzierungen effizient die am stärksten gefährdeten Gemeinschaften erreichen?
- Welche Rolle sollte der private Sektor bei der Unterstützung der Anpassung Bemühungen gefährdeter Gemeinschaften spielen?
- Wie können internationale Rahmenwerke wie das Pariser Abkommen verbessert werden, um Umsetzung Lücken zu schließen?
- Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um die rechtlichen und sozialen Herausforderungen von Umweltflüchtlingen zu bewältigen?
- Wie kann indigenes Wissen und lokale Expertise in Klimaanpassungsstrategien integriert werden?

1.8 Weitere Recherche

Links:

- IPCC-Berichte
- UNFCCC-Ressourcen
- Grüner Klimafonds

Hinweise: Berichte von NGOs (z. B. Greenpeace, Oxfam) und Datenbanken wie JSTOR eignen sich für die Recherche von zuverlässigen Informationen.

1.9 Glossar

Klimaresilienz: Die Fähigkeit von Systemen, Gemeinschaften oder Gesellschaften, klimabedingte Schocks vorherzusehen, abzufedern und sich davon zu erholen, wobei langfristige Auswirkungen minimiert werden.

Umweltflüchtlinge: Individuen oder Gemeinschaften, die gezwungen sind, aufgrund von Umweltveränderungen wie Desertifikation, Meeresspiegelanstieg oder extremen Wetterereignissen ihre Heimat zu verlassen.

Nachhaltige Anpassung: Strategien, die darauf abzielen, die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu erfüllen.

Verlust und Schaden: Das Konzept der Entschädigung für Gemeinschaften und Nationen, die durch den Klimawandel irreversible Verluste erleiden.

Klimagerechtigkeit: Ein Rahmen, der den Klimawandel als politisches und ethisches Problem betrachtet und die Gleichberechtigung bei der Bewältigung seiner Auswirkungen und Lösungen betont.

Desertifikation: Die fortschreitende Ausbreitung von Wüsten oder wüstenähnlichen Bedingungen in zuvor fruchtbaren Gebieten, meist verursacht durch Klimawandel, Entwaldung, Überweidung oder nicht nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung.

Verlust- und Schadensmechanismen: Instrumente oder Strategien, die geschaffen wurden, um mit den irreversiblen Folgen des Klimawandels umzugehen – etwa Schäden durch

Extremwetterereignisse oder den Verlust von Lebensraum. Ein Beispiel ist der internationale Loss and Damage Mechanism im Rahmen des Pariser Abkommens.

Resilienz von Gemeinschaften: Die Fähigkeit von Gemeinschaften, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, Krisen zu bewältigen und sich von diesen zu erholen, ohne ihre grundlegende Funktionsweise oder Lebensqualität dauerhaft zu verlieren.

1.10 Literaturverzeichnis

"Folgen Des Klimawandels." Climate.ec.europa.eu, climate.ec.europa.eu/climate-change/consequences-climate-change_de.

Germanwatch. "Global Climate Risk Index." Germanwatch.org, 25 Jan. 2021, www.germanwatch.org/en/cri.

"Klimawandel: Ursachen & Folgen | UNICEF." Unicef.de, 24 Jan. 2025, www.unicef.de/informieren/einsatz-fuer-kinderrechte/klimawandel. Accessed 5 Feb. 2025.

"Migration Und Klima." Bundesministerium Für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Und Entwicklung, BMZ, 2017, www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/migration-und-klima. Accessed 5 Feb. 2025.

"Neue Klimafinanzierungsziele Für Gefährdete Gemeinschaften." Rescue, 2024, www.rescue.org/de/report/neue-klimafinanzierungsziele-fuer-gefaehrdete-gemeinschaften. Accessed 5 Feb. 2025.

Rechtsstellung Und Rechtliche Behandlung von Umweltflüchtlingen. 2010, www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/4035.pdf. Accessed 5 Feb. 2025.

Stoll, Jonas. "Weltweite Temperaturen Und Extremwetterereignisse Seit 2010." Umweltbundesamt, 25 July 2018, www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/weltweite-temperaturen-extremwetterereignisse-seit. Accessed 5 Feb. 2025.

"UN World Food Programme (WFP)." Wfp.org, 8 June 2009, de.wfp.org/pressemitteilungen/klimawandel-hat-dramatische-humanitaere-folgen. Accessed 5 Feb. 2025.

"Wie Der Klimawandel Fünf Regionen Besonders Trifft." Rescue, 19 Apr. 2024, www.rescue.org/de/artikel/5-laender-besonders-stark-vom-klimawandel-betroffen. Accessed 5 Feb. 2025.

"Wie Klimawandel Und Menschenrechte Zusammenhängen." Fes.de, 17 Nov. 2023, www.fes.de/news-detailansicht-1/wie-klimawandel-und-menschenrechte-zusammenhaengen. Accessed 5 Feb. 2025.

Globalen Wandel durch Umweltbildung und Umweltbewusstsein gestalten

2.1. Einleitung

Die Umweltkrise ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Szombatfalvy, 2010). Der Klimawandel, der Verlust der Biodiversität und die Verschmutzung der Ökosysteme bedrohen die Lebensgrundlagen vieler Menschen weltweit. Trotz wissenschaftlicher Erkenntnisse und politischer Initiativen besteht eine Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln. Die Vereinten Nationen (UN) haben mehrfach betont, dass Bildung eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimawandel spielt. Diese Thematik ist besonders relevant im Kontext der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), insbesondere Ziel 4 (Hochwertige Bildung) und Ziel 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz).

Umweltbildung ermöglicht es Individuen und Gemeinschaften, fundierte Entscheidungen zu treffen, nachhaltige Verhaltensweisen zu entwickeln und aktiv zum Umweltschutz beizutragen. Im optimalen Fall manifestiert sich die Umweltbildung in einer inneren positiven Haltung gegenüber der Umwelt, also einem Umweltbewusstsein, dass die Natur und Umwelt respektiert und schützenswert ist. Ein zentrales Problem ist, dass Umweltbildung und Umweltbewusstsein oft nicht in ausreichendem Maße gefördert werden, obwohl sie eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung ökologischer Probleme spielen. Umweltbildung hilft dabei, Wissen über Umweltthemen zu vermitteln, kritisches Denken zu fördern und nachhaltige Verhaltensweisen zu entwickeln. Sie befähigt Menschen dazu, aktiv an der Gestaltung einer nachhaltigeren Zukunft mitzuwirken. Die Art und Weise, wie Individuen Umweltthemen wahrnehmen und mit ihnen umgehen, hängt stark von ihrer Bildung, ihrem kulturellen Hintergrund und den wirtschaftlichen Bedingungen ab.

2.2. Hintergrund

Die moderne Umweltbildung, wie wir sie heute kennen, entwickelte sich im Zuge wachsender ökologischer Herausforderungen (z.B. Abnahme der Biodiversität oder Plastik in Ozeanen). Die erste UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 legte den Grundstein für eine internationale Umweltpolitik und betonte die Bedeutung von Bildung für eine nachhaltige Zukunft (UN, 1972). Die Tbilisi-Deklaration von 1977 konkretisierte diesen Ansatz und formulierte Umweltbildung als Mittel zur Förderung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit (UNESCO, 1977).

Seitdem wurden zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen, um die Umweltbildung auf internationaler Ebene zu stärken. So zum Beispiel die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014). Sie stellte Umweltbildung als globales Bildungsziel heraus. Das derzeitige UNESCO-Program „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs“ (2020–2030) zielt darauf ab, Umweltbewusstsein weiter zu fördern (UNESCO, 2019).

Umweltbildung kann in verschiedenen Formaten erfolgen, die sich je nach Zielgruppe, Methodik und Vermittlungsweg unterscheiden. Grundsätzlich lassen sich drei Hauptkategorien unterscheiden: formale, non-formale und informelle Umweltbildung. Jedes dieser Formate hat spezifische Vorteile und Herausforderungen.

Arten von Umweltbildung

Formale Umweltbildung

Die formale Umweltbildung findet innerhalb des regulären Bildungssystems statt, insbesondere in Schulen, Hochschulen und Universitäten. Sie folgt strukturierten Lehrplänen, die von staatlichen Institutionen oder Bildungseinrichtungen entwickelt wurden. In vielen Ländern ist Umweltbildung ein Bestandteil naturwissenschaftlicher Fächer oder interdisziplinärer Programme zur Nachhaltigkeit.

Beispiele für die Integration formaler Umweltbildung sind:

- Deutschland: Umweltbildung ist Teil des Curriculums z.B. in Geographie, Naturwissenschaften und/oder Gemeinschaftskunde (https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2023-02-17_BNE-Info-Laender.pdf)
- Schweden: Nachhaltigkeitsthemen sind bereits seit den 60ern in den flächendeckenden Lehrplan integriert (https://www.nbcnews.com/news/world/sweden-s-environmental-education-building-generation-greta-thunbergs-n1106876)
- Finnland: Schulen nutzen interdisziplinäre Projekte, um Umweltbildung praktisch und fächerübergreifend zu vermitteln (https://www.ecoedhub.com/environmental-education-in-finland.html)

Dies ist eine systematische Herangehensweise, die die Umweltbildung explizit in Bildungsrichtlinien verankert und die Entwicklung langfristiger Kompetenzen ermöglicht und fördert. Allerdings haben starre Lehrpläne auch weniger Flexibilität, sich neuen Themen anzupassen und integrieren nicht immer ausreichend praktische Elemente.

Non-Formale Umweltbildung

Non-formale Umweltbildung erfolgt außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems. Sie wird oft von Umweltorganisationen, Museen, Naturparks oder NGOs organisiert. Diese Bildungsangebote sind freiwillig, interaktiv und häufig auf spezifische Zielgruppen zugeschnitten.

Beispiele:

- **Citizen Science-Projekte**, bei denen Bürger:innen aktiv an Umweltforschung teilnehmen (z.B. https://eu-citizen.science/projects?keywords=Environment)
- **Workshops in Naturparks**, die Wissen über Biodiversität und Naturschutz vermitteln (z.B. https://www.torfhaus.info/torfhaus/de/3a_natur_erleben/bildungsurlaub.php)
- **Programme von NGOs**, wie die Kampagnen von Greenpeace zur Sensibilisierung für Umweltprobleme (z.B. https://www.greenpeace.org/international/campaigns/tools-for-teachers/)

Dieser Ansatz ist häufig praxisnah und interaktiv und deutlich flexibler als starre Lehrpläne. Außerdem können Menschen außerhalb des formalen Bildungssystems teilnehmen und erreicht werden. Auf der anderen Seite fehlt es diesen Programmen an institutioneller Verankerung und Anerkennung. Sie sind darüber hinaus vermehrt von Fördermitteln Dritter abhängig.

Informelle Umweltbildung

Die informelle Umweltbildung erfolgt ohne feste Strukturen durch persönliche Erfahrungen, soziale Interaktion und die Nutzung von Medien. Sie kann durch Nachrichten, Social Media oder persönliche Erlebnisse in der Natur erfolgen.

Beispiele:

- **Dokumentationen und Podcasts zu Umweltthemen** (z. B. „Our Planet“ von Netflix).
- **Social Media-Kampagnen** wie #FridaysForFuture
- **Erfahrungsbasiertes Lernen**, wie der Aufenthalt in ökologischen Gemeinden oder nachhaltigen Projekten

Diese Herangehensweise ist niedrigschwellig und ermöglicht allen Altersgruppen einen Zugang. Sie haben häufig eine hohe Reichweite durch digitale Medien. Allerdings wächst gleichzeitig die Gefahr von Fehlinformationen oder Greenwashing. Darüber hinaus findet keine systematische Wissensvermittlung statt und digitale Angebote bleiben für Bevölkerungsgruppen mit begrenztem Internetzugang und technischer Infrastruktur unzugänglich.

Was macht gute Umweltbildung aus

Die Wirksamkeit von Umweltbildung hängt von mehreren Schlüsselfaktoren ab. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Programme besonders dann nachhaltig wirken, wenn sie interaktiv gestaltet sind und die Lernenden aktiv in den Bildungsprozess einbinden (Bywater, 2014). Dabei spielt erfahrungsbasiertes Lernen eine zentrale Rolle, da Menschen durch persönliche Erlebnisse und praktische Anwendungen eine stärkere emotionale Verbindung zur Umwelt aufbauen und so eher zu nachhaltigem Handeln motiviert werden.

Ein weiterer bedeutender Aspekt ist die frühzeitige Integration von Umweltbildung in die formale Schulbildung. Untersuchungen zeigen, dass Umweltbewusstsein und umweltfreundliches Verhalten langfristig erfolgreicher entwickelt werden, wenn sie bereits in der Kindheit gefördert werden (Umweltbundesamt, 2020). Allerdings reicht formale Bildung allein nicht aus – lebenslanges Lernen und kontinuierliche Weiterbildung sind entscheidend, um Wissen über aktuelle Umweltprobleme und Lösungen auf dem neuesten Stand zu halten.

Die politische Unterstützung und die institutionelle Verankerung von Umweltbildung sind essenzielle Faktoren für deren langfristige Wirksamkeit. Umweltbildungsmaßnahmen haben eine größere Reichweite und Wirkung, wenn sie durch klare gesetzliche Vorgaben und strategische Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene gestützt werden. Die UNESCO setzt sich daher für eine stärkere institutionelle Förderung und die Einbindung von Umweltbildung in nationale Bildungsstrategien ein (UNESCO, 2021a).

2.3. Aktuelle Situation

Neben dem Format spielen politische und wirtschaftliche Faktoren eine entscheidende Rolle in der Umsetzung von Umweltbildung. Während einige Regierungen Umweltbildung aktiv fördern und gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, bleibt sie in anderen Ländern ein Randthema. Wirtschaftliche Interessen können Umweltbildungsmaßnahmen entweder unterstützen oder behindern – insbesondere, wenn nachhaltige Veränderungen mit finanziellen Einbußen für bestimmte Industriezweige verbunden sind.

Allerdings gibt es in diesem Themenbereich nur begrenzt vergleichende Studien. In einem Bericht der UNESCO aus dem Jahre 2021, werden leichte Unterschiede herausgearbeitet. In Regionen wie Lateinamerika, Europa und Teilen Asiens ist die Umweltbildung stärker verankert, insbesondere in Ländern wie Costa Rica, Italien und Japan, die umfangreiche Programme und gesetzliche Vorgaben

zur Nachhaltigkeit und Klimawandel Bildung haben. In anderen Regionen, wie Subsahara-Afrika und Südasien, gibt es weiterhin Herausforderungen wie begrenzte Ressourcen und unzureichende Lehrerfortbildung, die die Implementierung erschweren (UNESCO, 2021b).

2.4. Herausforderungen und Lösungsansätze

Obwohl es erfolgreiche Ansätze zur Umweltbildung gibt, scheint es noch ein langer Weg zu sein, bis diese flächendeckend auf der gesamten Welt aktiv angegangen und gestaltet wird. Dies hat unterschiedliche Gründe. Folgende Herausforderungen und Lösungsansätze scheinen relevant und können als Basis für weitere Diskussionen dienen:

Mangelnde curriculare Verankerung

In vielen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ist Umweltbildung nicht systematisch in den Lehrplänen verankert, obwohl dies erklärtes Ziel der UNESCO ist (UNESCO, 2021a). Oft wird sie als optionales Thema behandelt, wodurch Lernende nicht flächendeckend mit Umweltwissen in Berührung kommen. Ein interdisziplinärer Ansatz, der Umweltfragen in verschiedene Fächer integriert, fehlt in vielen Bildungssystemen.

- Entwicklung verbindlicher internationaler Richtlinien zur Implementierung von Umweltbildung
- Förderung interdisziplinärer Ansätze, die Umweltwissen in verschiedene Schulfächer integrieren
- Ausbau außerschulischer Bildungsangebote (sowohl staatlich als auch privat finanziert), um praktische Erfahrungen zu ermöglichen

Fehlende finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung

Viele Bildungseinrichtungen, insbesondere in Entwicklungsländern, verfügen nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um Umweltbildungsprogramme effektiv umzusetzen. Es fehlt an Lehrmaterialien, qualifizierten Lehrkräften und Möglichkeiten für praxisnahe Umweltbildung, etwa durch Exkursionen oder Experimente.

- Bereitstellung gezielter Finanzierungsmodelle durch nationale und internationale Akteure
- Ausbau öffentlich-privater Partnerschaften zur Förderung von Umweltbildungsprojekten
- Nutzung digitaler Plattformen zur ressourcenschonenden Wissensvermittlung

Wissens-Handlungs Lücke

Obwohl viele Menschen über Umweltwissen verfügen, setzen sie dieses nicht automatisch in nachhaltiges Verhalten um. Psychologische, soziale und wirtschaftliche Faktoren beeinflussen Entscheidungsprozesse, und es fehlen oft Anreize für umweltfreundliches Handeln.

- Entwicklung interaktiver Bildungsansätze, die praktische Anwendung und persönliche Verantwortung fördern
- Einführung von Anreizsystemen, die nachhaltige Entscheidungen im Alltag erleichtern
- Förderung partizipativer Lernmethoden, die kritisches Denken und Problemlösungsfähigkeiten stärken

Einfluss wirtschaftlicher Interessen und Greenwashing

Umweltbildung kann von wirtschaftlichen Akteuren beeinflusst werden, die eigene Interessen verfolgen. Unternehmen nutzen Umweltkampagnen, um sich ein nachhaltiges Image zu geben, ohne tatsächlich umweltfreundliche Praktiken umzusetzen (Greenwashing). Dies kann zu Fehlinformationen und Unsicherheiten führen.

- Einführung von Mechanismen zur Überprüfung der wissenschaftlichen Grundlage von Umweltinformationen
- Stärkung von Medienkompetenz, um Fehlinformationen zu erkennen und zu hinterfragen
- Förderung transparenter Berichterstattung über Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen

Ungleicher Zugang zu Umweltbildung

Der Zugang zu Umweltbildung ist weltweit ungleich verteilt. Während wohlhabende Gesellschaften von umfassenden Programmen profitieren, fehlt es in wirtschaftlich schwächeren Regionen oft an entsprechenden Bildungsangeboten (UNESCO, 2021b). Insbesondere in ländlichen Gebieten und in Entwicklungsländern mangelt es an Ressourcen, qualifiziertem Personal und digitaler Infrastruktur für moderne Bildungsformate.

- Entwicklung von Strategien zur Erhöhung der Bildungsangebote in unterversorgten Regionen
- Einsatz digitaler Lernplattformen zur Schaffung eines breiteren Zugangs
- Förderung internationaler Kooperationen zur Unterstützung von Bildungsinfrastrukturen

2.5. Leitfragen und Punkte zur Diskussion

- Wie kann Umweltbildung weltweit systematisch in nationale Bildungssysteme integriert werden, ohne kulturelle und bildungspolitische Autonomie einzelner Staaten zu verletzen?
- Welche Strategien sind geeignet, um die Lücke zwischen Umweltwissen und nachhaltigem Handeln (Wissens-Handlungs-Lücke) wirksam zu schließen?
- Wie kann Umweltbildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen – insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Regionen – besser zugänglich gemacht werden?
- Welche Rolle sollten wirtschaftliche Akteure in der Umweltbildung spielen, und wie kann gleichzeitig Greenwashing verhindert werden?
- Wie kann die internationale Zusammenarbeit im Bereich Umweltbildung gestärkt werden, um globale Standards zu fördern und voneinander zu lernen?

2.6. Glossar

Umweltbildung: Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Werten, die Menschen dazu befähigen, umweltbewusst zu denken und nachhaltig zu handeln.

Umweltbewusstsein: Die innere Haltung und das Verständnis dafür, dass Umwelt und Natur schützenswert sind – und dass das eigene Verhalten Auswirkungen auf sie hat.

Partizipative Lernmethoden: Lernformen, bei denen die Teilnehmenden aktiv mitgestalten, diskutieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten, statt nur passiv Wissen aufzunehmen.

Greenwashing: Wenn Unternehmen oder Organisationen sich nach außen als umweltfreundlich darstellen, ohne tatsächlich nachhaltig zu handeln.

Interdisziplinär: Ein Ansatz, bei dem Wissen und Methoden aus verschiedenen Fachbereichen kombiniert werden, um komplexe Probleme wie Umweltfragen besser zu verstehen.

Citizen Science: Forschung, an der auch Bürger:innen ohne wissenschaftliche Ausbildung aktiv teilnehmen, zum Beispiel durch Datensammlung in Umweltprojekten.

2.7. Weiterführende Literatur

- https://www.fee.global
- https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbildung-bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung

2.8. Literaturverzeichnis

Bywater, K. (2014). Investigating the Benefits of Participatory Action Research for Environmental Education. Policy Futures in Education - Volume 12 Number 7.

Szombatfalvy, László. (2009). The greatest Challenges of our Time. https://globalchallenges.org/app/uploads/2023/06/Die-grosten-Herausforderungen-unserer-Zeit-2009-.pdf

UNESCO. (1977). Final Report - Intergovernmental Conference on Environmental Education. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000032763

UNESCO. (2019). Framework for the Implementation of Education for Sustainable Development (ESD) beyond 2019. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000370215

UNESCO. (2021a). UNESCO urges making environmental education a core curriculum component in all countries by 2025. https://www.unesco.org/en/articles/unesco-urges-making-environmental-education-core-curriculum-component-all-countries-2025

UNESCO. (2021b). Learn for our planet: A global review of how environmental issues are integrated in education. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000377362

United Nations. (1972). Report of the United Nations Conference on the Human Environment. https://www.un.org/en/conferences/environment/stockholm1972

Umweltbundesamt. (2020). Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung – zielgruppenorientiert und wirkungsorientiert. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbildung-bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung